

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 21.07.2021
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 19:36 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

ab 16:37 Uhr.

Herr Stadtrat Steffen Suer

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
 Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
 Herr Stadtrat Sebastian Fritz
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
 Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele
 Herr Stadtrat Benedikt Disam
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
 Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger
 Herr Ortsvorsteher Werner Nußbaum
 Frau Ortsvorsteherin Anna Zeller-Klein
 Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt
 Herr René Bantel
 Herr Alexander Groll
 Herr Gerhard Hackner
 Herr Gerd Hägele
 Herr Markus Herrmann
 Herr Christian Joswig
 Herr Helmut Ott
 Herr Michael Schaumann

Abwesend:**CDU**

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt
 Herr Stadtrat Christian Krieg

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Gerhard Bucher
 Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Die Linke

Frau Stadträtin Cynthia Schneider
Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
 Frau Stadträtin Nadine Molinari

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Tagesordnung

=====

- 1** Ausscheiden der Stadträte Elmar Hägele und Steffen Suer aus dem Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd und Nachrücken von Christa Kircher-Beißwenger und Barbara Bijok in den Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd
- 2** Änderung der Schulbezirke der Grundschule Hardt und der Uhlandschule Bettringen
- 3** Nutzungsüberlassung des Tennisplatzes sowie des Basketballplatzes von der Stadt Schwäbisch Gmünd an den Schulverband Landesgymnasium für Hochbegabte
- 4** Jahresabschluss 2020 der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH
- 5** Jahresabschluss 2020 der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH
- 6** 1. Finanzzwischenbericht 2021
- 7** Antrag der Fraktion "Die Linke" zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle
- 8** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 320 A IV "Neugärten 4. Erweiterung", Gemarkung Herlikofen, Flur Herlikofen
- Satzungsbeschluss
- 9** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 C "Waldau Wasen", Gemarkung Großdeinbach und Flur Waldau
- Entwurfsbeschluss
- 10** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. A 12 DV "Straßdorf Süd 3. Erweiterung", Gemarkung Straßdorf und Flur Straßdorf
- Entwurfsbeschluss
- 11** Grüne Urbanität: Öffentlicher Raum Innenstadt
hier: Vergabe Planungsleistungen
- 12** Eichenrainschule Lindach
Erneuerung Schulpavillon / Ganztagesbereich
Baubeschluss
- 13** Mozartschule in Schwäbisch Gmünd-Hussenhofen
Erweiterung Anbau Süd, Mensa
Vergabe der KÜcheneinrichtung
Bezug: Gemeinderatsdrucksache 219/2019, 076/2020 und 213/2020
- 14** Teilabbruch Rotrinnensteg
hier: Vergabebeschluss
- 15** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

- 16** Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- 17** Bekanntgaben
 - 17.1** Kanalspülwagen
 - 17.2** Königsturmstraße
 - 17.3** Herlikofer Berg
 - 17.4** Dresscode
 - 17.5** Sanierung Feuerwehr
- 18** Anfragen
 - 18.1** Schmiedgassen
 - 18.2** Hochwasserschutz
 - 18.3** Bebauung Brücke-Areal
 - 18.4** Ökopunktekonto
 - 18.5** Finanzprüfung
 - 18.6** Jahresrechnungen
 - 18.7** Remsstrand

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung. Er ruft zu einer Gedenkminute für die Opfer der Hochwasserkatastrophe auf. Im Anschluss berichtet er vom Einsatz der Schwäbisch Gmünder Feuerwehr im Katastrophengebiet.

Stadtrat Barth/CDU gibt bekannt, dass die Stadträtinnen und Stadträte das heutige Sitzungsgeld den Opfern spenden.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Ausscheiden der Stadträte Elmar Hägele und Steffen Suer aus dem Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd und Nachrücken von Christa Kircher-Beißwenger und Barbara Bijok in den Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 122/2021

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Stadträtin Heusel/SPD gibt eine Ergänzung zur Besetzungsliste bekannt. Stadtrat Schwab soll aus dem Integrationsrat ausscheiden, Stadtrat Bucher dafür nachrücken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Herrn Elmar Hägele aus dem Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd gegeben sind. Herr Hägele scheidet am 21.07.2021 aus dem Gemeinderat aus.
2. Frau Christa Kircher-Beißwenger rückt ab 21.07.2021 in den Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd nach.
3. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Herrn Steffen Suer aus dem Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd gegeben sind. Herr Suer scheidet mit Ablauf des 31.08.2021 aus dem Gemeinderat aus.
4. Der Gemeinderat stellt fest, dass bei Frau Katrin Schabel ein Ablehnungsgrund vorliegt.
5. Frau Barbara Bijok rückt ab 01.09.2021 in den Gemeinderat der Stadt

Schwäbisch Gmünd nach.

6. Der Gemeinderat stimmt der geänderten Besetzungsliste (Anlage 1) zu mit der zusätzlichen Änderung, dass Stadtrat Tim-Luka Schwab aus dem Integrationsrat ausscheidet und Stadtrat Bucher nachrückt.

Oberbürgermeister Arnold verabschiedet Stadtrat Hägele aus dem Gremium (siehe Anlage).

Im Anschluss verabschiedet sich Herr Hägele aus dem Gremium (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold verabschiedet außerdem Stadtrat Suer (siehe Anlage) und verpflichtet die Nachrückerinnen Frau Kircher-Beißwenger sowie Frau Bijok.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Änderung der Schulbezirke der Grundschule Hardt und der Uhlandschule
Bettringen
Vorlage: 074/2020/1**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE führt aus, dass die Vorlage suggeriere, dass alle Beteiligten mit der Änderung des Schulbezirkes zum Schuljahr 2023/2024 einverstanden seien. Dem sei jedoch nicht so, Frau Schlienz wolle die Änderung frühestens zum Schuljahr 2024/2025. Dies gehe nicht aus der Vorlage hervor. Die Information sei aber für die Einschätzung des Sachverhalts wichtig und dienlich. Es gelte eine Lösung zu finden, die beiden Seiten gerecht werde. Es müsse eine soziale Mischung geben. Chancengleichheit sei sehr wichtig. Der Gemeinderat müsse alle Interessen vertreten. Das Engagement sei sehr begrüßenswert, der Zeitpunkt sei jedoch fatal. Bettringen verliere nichts, wenn man den Schulbezirk erst ein Jahr spätere ändere. Die Fraktion beantrage daher die Änderung zum Schuljahr 2024/2025.

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich für die Stellungnahme und der nochmaligen Verdeutlichung der Ziele. Frau Schlienz habe ihre Meinung immer äußern können. Man habe in allen Debatten von einem Kompromiss gesprochen. Man habe bereits jetzt so viele Ausnahmen bei der Zuweisung zu einem Schulbezirk. Man brauche an der Grundschule Hardt eine gute Arbeit und diese habe man. Wenn die Menschen wissen, dass dort gute Bildungsarbeit geleistet werde, würden die Eltern sich auch für diese Schule entscheiden. Dies erreiche man nicht durch das Ziehen einer Grenze.

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass man damals künstliche Grenzen gezogen habe. Der Kompromiss habe im Ortschaftsrat Bettringen eine überwältigende Mehrheit gefun-

den. Man müsse die tolle Arbeit vermarkten. Die CDU-Fraktion stimme dem Antrag der Verwaltung zu.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Hardtschule für den Stadtteil Hardt sehr essentiell sei. Es sei das Ergebnis eines Prozesses. Bettringen müsse noch eine Weile warten, bis das Ziel erreicht sei. Die Hardtschule stehe derzeit schon einzügig da. Es sei ein theoretisches Datum, er sei sehr optimistisch. Die Arbeit müsse weiter betrieben werden, damit man die Hardtschule stärke. Man müsse neue Wege suchen und finden. Wenn die Diskussion abgeschlossen sei, müssten mehrere Dinge bedacht werden. Er sei sich sicher, dass man solche Wege finde. Egal wie der Beschluss heute ausfalle, morgen gehe die Arbeit weiter.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass Chancengleichheit sehr wichtig sei. Man stehe zur Möglichkeit der Zweizügigkeit. Die Grundschule Hardt sei wichtig, man brauche besondere Unterstützung. Schon im nächsten Schuljahr werde man einzügig. Die Grundschule biete eine gute Möglichkeit, die Schüler dort zu integrieren. Sie sei eine Schule für alle Kinder auf dem Hardt.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste begrüßt den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Koldzic spricht sich für die Änderung des Schulbezirks zum späteren Zeitpunkt aus.

Stv. Ortsvorsteher Wolf weist darauf hin, dass man sehr lange diskutiert habe und bittet das Gremium darum, einen Knopf dran zu machen. Man solle den Kompromiss würdigen und der Beschlussvorlage zustimmen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass der Beschluss nicht das Ende der Hardtschule bedeute. Die Debatte, die man führe, bringe einen nicht weiter. Immer mehr Menschen würden den Sonderweg über die Ausnahmegenehmigung gehen. Die neuen Einwohner müssten von der Grundschule Hardt Gebrauch machen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE führt aus, dass es Aufgabe der Stadt bzw. des Gremiums sei, Position zu ergreifen und Angebote zu machen. An dieser Debatte werde die Notwendigkeit für Innenstadt-Ortschaftsräte deutlich.

Stadtrat Lieb/SPD nimmt Bezug zum Kommentar von Herrn Länge in der Gmünder Tagespost. Man müsse Symptome und Ursache getrennt voneinander erforschen. Man müsse die Debatte anders führen und die Attraktivität steigern.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die Gruppe einen Kompromissvorschlag erarbeitet habe, der nun so auch vorliege.

Stadträtin Heusel/SPD beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Oberbürgermeister Arnold unterbricht die Sitzung.

Stadtrat Lieb/SPD ergänzt den Antrag dahingehend, dass die Verwaltung die vorge-

schlagenen Maßnahmen bei der Hardtschule zwingend umsetze und das Thema „Attraktivität in Gmünder Schulen“ mit Vertretern des Gemeinderats bzw. des Verwaltungsausschusses sowie des Integrationsrates allgemein angehe. Hierfür sollen entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt werden mit dem Ziel, bis zum Schuljahr 2023/2024 dem Problem bzw. der Ursache auf den Grund zu gehen und für die Eltern sowie die Kinder einen Mehrwert zu schaffen.

Oberbürgermeister Arnold nimmt diesen weitergehenden Antrag auf.

Abstimmungsergebnis und Beschluss:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird mehrheitlich abgelehnt. Im Anschluss werden die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages getrennt voneinander abgestimmt.

Mehrheitlich (5 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden Beschluss:

1. Der Schulbezirk der Uhlandschule Bettringen umfasst künftig das Wohngebiet des Stadtteils Bettringen (Anlage 2) und wird um das Gebiet Bettringen Nord-West erweitert.

Mehrheitlich (5 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden Beschluss:

2. Der Schulbezirk der Grundschule Hardt umfasst künftig nicht mehr das Gebiet Bettringen Nord-West (Anlage 1).

Mehrheitlich (6 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden Beschluss:

3. Diese Änderung der Schulbezirke gilt ab dem Schuljahr 2023/2024.

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden Beschluss:

4. Die Verwaltung geht das Thema „Attraktivität in Gmünder Schulen“ mit Vertretern des Gemeinderats bzw. des Verwaltungsausschusses sowie des Integrationsrates im Allgemeinen und im Besonderen an der Hardtschule an. Hierfür sollen entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt werden mit dem Ziel, bis zum Schuljahr 2023/2024 dem Problem bzw. der Ursache auf den Grund zu gehen und für die Eltern sowie die Kinder einen Mehrwert zu schaffen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass der Beschluss respektiert werden solle, insbesondere um die Debatte, die auch emotional geführt worden sei, in eine positive Stimmung zu wandeln. Dies solle auch so in die Öffentlichkeit so getragen werden.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich dafür.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40

nachrichtlich an Amt:

- zu 3 Nutzungsüberlassung des Tennisplatzes sowie des Basketballplatzes von der Stadt Schwäbisch Gmünd an den Schulverband Landesgymnasium für Hochbegabte**
Vorlage: 139/2021

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Nutzungsüberlassung des Tennisplatzes sowie des Basketballplatzes an den Schulverband Landesgymnasium für Hochbegabte wird zugestimmt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40

nachrichtlich an Amt:

- zu 4 Jahresabschluss 2020 der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH**
Vorlage: 123/2021

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder unter Beachtung der Befangenheitsvorschriften nachstehenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2020, für den der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird festgestellt.

2. Das Jahresergebnis wird an die beiden Gesellschafter Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH und EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG ausgeschüttet.
3. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
4. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, Stadtwerke
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Jahresabschluss 2020 der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH
Vorlage: 124/2021

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder unter Beachtung der Befangenheitsvorschriften nachstehenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2020, für den der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag 2020 in Höhe von 428.722,51 € sowie der Verlustvortrag aus dem Jahr 2019 in Höhe von 974.835,50 € wird durch eine Entnahme in Höhe von 1.403.558,01 € aus der Gewinnrücklage ausgeglichen.
3. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
4. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, Stadtwerke

nachrichtlich an Amt:

zu 6 **1. Finanzzwischenbericht 2021**
Vorlage: 135/2021

Protokoll:

Herr Bantel stellt den Sachverhalt vor.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass man weiterhin eine äußerst angespannte Haushaltslage habe. Diese werde durch die letzte Steuerprognose noch angespannter. Dies bedeute, dass die Einnahmen nochmal um vier Millionen Euro reduziert werden würden. Es gehe um die Frage, wie man diese noch erwirtschaften könne. Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE (siehe Anlage) führt er aus, dass die Stadt sich intensiv an den Debatten um den Rettungsschirm beteiligt habe. Das Hilfspaket sei auf Druck des Städtetags und des Gemeindetags auf den Weg gebracht worden, bei der man sich beteiligt hatte. Der Antrag sei damit hinfällig, da alle Forderungen bereits umgesetzt worden seien.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die Stadt bei der Beschaffung von Luftfilteranlagen aktiv werde, nachdem es hierfür Fördermittel gebe.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die Luftfilterdebatte nicht die Lösung des Problems darstelle. Man habe sich jedoch auf einen Kompromiss geeinigt und werde punktuell, wo die Raumlüftung nicht so gut möglich sei, Luftfilteranlagen einsetzen.

Stadtrat Schwab/SPD betont, dass die Debatte nicht neu sei und diese sehr wohl einen Nutzen hätten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Antrag der Fraktion "Die Linke" zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle**
Vorlage: 142/2021

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erläutert die Beweggründe für den Antrag. Es benötige klare Strukturen und Ansprechpartner. Man müsse aus Fehlern lernen. Es freue die Fraktion, dass die Einrichtung der zentralen Vergabestelle von der Verwaltung grundsätzlich begrüßt werde. Die Vorschläge Nr. 1-3 seien gut, jedoch aus Sicht der Fraktion selbstverständlich. Mit einer zentralen Vergabestelle habe das alles nichts zu tun. Es sei nur eine Servicestelle, die einzelnen Ämter seien für die Vergaben weiterhin

zuständig. Dies entspreche nicht dem Antrag. Er regt daher an, die Servicestelle in eine zentrale Vergabestelle umzubenennen.

Herr Ott führt aus, dass man sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Man sei der Auffassung, dass der Schritt in Richtung einer zentralen Vergabestelle richtig sei. Wenn man diese sofort einrichte, müsste man 1,5 – 2 zusätzliche Personalstellen schaffen. Daher wolle man schrittweise vorgehen. Man könne die Mitarbeitenden nicht anteilig aus den Ämtern herauslösen, da die Arbeit in den Ämtern dann nicht mehr funktionieren würde. Man wolle nun Erfahrungen sammeln und zunächst finanzwirtschaftlich verantwortlich handeln. Alle Beteiligte seien so einverstanden.

Stadtrat Baumhauer/CDU hält das Vorgehen für sinnvoll. Eine zusätzliche Hierarchie könne zwar Vorteile, aber auch Nachteile mit sich bringen. Der Prozess könne zeigen, wo man in Zukunft besser fahren könne. Alles zu zentralisieren sei nicht immer der bessere Weg.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach der Endstufe der Treppe, dies fehle in der Vorlage. Eine Arbeitskraft allein könne nur Service sein und beraten, aber dies könne nicht die Endausbaustube sein.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE begrüße. Man stimme daher der Vorlage zu.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste finden den Vorschlag interessant, er sehe jedoch nicht den wirtschaftlichen Sinn dahinter. Ihm sei unklar, worin die Vorteile liegen würden, daher könne er den Antrag nicht nachvollziehen. Die Fraktion werde den Vorschlag der Verwaltung mittragen, da zunächst Erfahrungswerte gesammelt werden sollen und dann solle man sehen, ob man zur derzeitigen Situation zurückkehre.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW ist der Meinung, dass man nicht so tun könne, als würden die Finanzen keine Rolle spielen. Man wolle sich Dinge leisten, die sich vergleichbare Kommunen nicht leisten würden. Er wundere sich daher über solche Debatten, es müsse wenn dann kostenneutral umgesetzt werden.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE weist nochmals auf den Vorschlag von Stadtrat Benk hin, der vorgeschlagen habe, die Benennung abzuändern.

Oberbürgermeister Arnold verneint dies. Es bleibe eine Servicestelle, man wolle nicht weiter bürokratisieren und die Organisationsstruktur dezentral aufrechterhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Vorschläge der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2
nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 320 A IV "Neugärten 4. Erweiterung", Gemarkung Herlikofen, Flur Herlikofen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 117/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (4 Gegenstimmen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen von Personen und der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird entsprechend den Stellungnahmen unter Ziffer 3.1 und 3.2 dieser Vorlage beschlossen.
2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 320 A IV „Neugärten 4. Erweiterung“ werden entsprechend der Anlage 1 zu dieser Gemeinderatsdrucksache jeweils als Satzung beschlossen.
3. Die Begründung mit Umweltbericht wird in der Fassung vom 26.06.2020/07.06.2021 festgestellt (Anlage 4).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 9 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 C "Waldau Wasen", Gemarkung Großdeinbach und Flur Waldau
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 132/2021**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man die Anmerkungen aufgegriffen habe, es werde ein Regenrückhaltebecken eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (1 Gegenstimme) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 4 dieser Vorlage) beschlossen.
2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 120 C „Waldau Wasen“ werden entsprechend der Anlage 1 und 2 im Entwurf beschlossen.
3. Die Begründung wird in der Fassung der Anlage 3 festgestellt.
4. Das Bebauungsplanverfahren wird als Regelverfahren (nach BauGB) fortgeführt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 10 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. A 12 DV "Straßdorf Süd 3. Erweiterung", Gemarkung Straßdorf und Flur Straßdorf
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 134/2021**

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen fordert eine Aufstellung der ökologischen Ausgleichsflächen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass man wissen wolle, wie das Hochwasser in den bestehenden Gebäuden verhindert werden könne. Außerdem weist er auf den hohen Flächenverbrauch und die Verkehrsbelastung hin.

Stadtrat Preiß/CDU entgegnet, dass man hierüber bereits oft im Bau- und Umweltausschuss diskutiert habe. Stadtrat Hägele habe eine Begehung beantragt, dies sei auch sinnvoll. Die Fraktion DIE LINKE stelle sich gegen die Arbeitsplätze, vor allem gegen den Mittelstand. Man sei sehr froh, dass diese Menschen nach Gmünd kommen. Der Mittelstand zahle die Gewerbesteuer. Auf die Verkehrsbelastung habe man bereits Einfluss genommen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW wundert sich auch über das Abstimmungsverhalten der Linken. Er könne nicht nachvollziehen, wie man mit diesem Verhalten die Zukunft Schwäbisch Gmünds gestalten wolle. Er sei gespannt, wie sich die Fraktion die Zukunftsfähigkeit der Stadt vorstelle.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE betont, dass es nicht um Arbeitsplätze, sondern um die Interessen der jüngeren Generation gehe.

Oberbürgermeister Arnold betont die Wichtigkeit einer Interessensabwägung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (3 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

4. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 4 dieser Vorlage) beschlossen.
5. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. A 12 DV „Straßdorf Süd 3. Erweiterung“ werden entsprechend der Anlage 1 und 2 im Entwurf beschlossen.
6. Die Begründung wird in der Fassung der Anlage 3 festgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 11 Grüne Urbanität: Öffentlicher Raum Innenstadt
hier: Vergabe Planungsleistungen
Vorlage: 144/2021**

Protokoll:

Bürgermeister Mihm erläutert den Sachverhalt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Vergabe des integrierten Planungskonzepts „Grüne Urbanität öffentlicher Raum Innenstadt Schwäbisch Gmünd“ als Teil der Klimaanpassungsmaßnahmen in der Gmünder Innenstadt erfolgt an die Arbeitsgemeinschaft der beiden Büros Koeber Landschaftsarchitektur GmbH und GrüneWelle Landschaftsarchitektur, gemäß deren Angebot vom 13.07.2021 in Höhe von 116.969,44 €.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

**zu 12 Eichenrainschule Lindach
Erneuerung Schulpavillon / Ganztagesbereich
Baubeschluss
Vorlage: 116/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Erneuerung des Schulpavillons und Ausbau des Ganztagesbereiches bei der Eichenrainschule in Schwäbisch Gmünd-Lindach mit Gesamtbaukosten in Höhe von 800.000 € wird zugestimmt.
2. Für die weiteren Planungen werden die entsprechenden Fachingenieure beauftragt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

**zu 13 Mozartschule in Schwäbisch Gmünd-Hussenhofen
Erweiterung Anbau Süd, Mensa
Vergabe der Kücheneinrichtung
Bezug: Gemeinderatsdrucksache 219/2019, 076/2020 und 213/2020
Vorlage: 129/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Vergabe der Kücheneinrichtung mit einer Angebotssumme von 397.852,70€ an die Firma Fuchs aus Kirchentellinsfurt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

**zu 14 Teilabbruch Rotrinnensteg
hier: Vergabebeschluss
Vorlage: 136/2021**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert den Fußgängerüberweg und die Bäume, die gefällt werden müssen (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Vergabe der Abbrucharbeiten in Höhe von 220.682,37 Euro an die Firma Max Wild GmbH, 88450 Berkheim, gemäß deren Angebot vom 28.06.2021.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Herstellung einer Dunkelampel im Quersungsbereich der Remsstraße umzusetzen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

**zu 15 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 143/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 16 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO

Protokoll:

Herr Ott gibt die in nichtöffentlich Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt (siehe Anlage).

zu 17 Bekanntgaben

zu 17.1 Kanalspülwagen

Protokoll:

Herr Bantel gibt bekannt, dass die Frage nach der Befüllung des Kanalspülwagens

aufgekommen sei. Hier verwende man das aufbereitete Klärwasser.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

zu 17.2 Königsturmstraße

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass die Einschränkungen in der Königsturmstraße zeitgleich mit der Einweihung der Schmiedgassen am 28.7.2021 aufgehoben werden würden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 17.3 Herlikofer Berg

Protokoll:

Herr Hägele gibt bekannt, dass der Herlikofer Berg voraussichtlich in der zweiten Augustwoche wieder für den Verkehr freigegeben werde. Dies sei etwa vier bis fünf Wochen früher als ursprünglich geplant.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30, 66

zu 17.4 Dresscode

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold bittet die Mitglieder des Gemeinderats, sich bei Sitzungen entsprechend zu kleiden.

zu 17.5 Sanierung Feuerwehr**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold stellt die aktuellen Planungen des Innenstadt-Feuerwehrgebäudes vor (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 18 Anfragen**zu 18.1 Schmiedgassen****Protokoll:**

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, warum die Neugestaltung der Bushaltestelle am Frauenplatz nicht barrierefrei erfolge.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen müsse. Die Bushaltestelle schaue man sich nochmals an, es sei jedoch nur ein Provisorium.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2, 30, 68
nachrichtlich an Amt:

zu 18.2 Hochwasserschutz**Protokoll:**

Stadtrat Kaiser/CDU bittet darum, die Rückhaltungsmöglichkeiten im Osten von Schwäbisch Gmünd nochmals ins Auge zu fassen (Möggingen und Zimmern).

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man im September eine Vorlage einbringen werde. Hier schlage man konkrete Maßnahmen für die besonders schwer getroffenen Gebiete vor, außerdem müsse man die Sirenen wieder aktivieren, das Netzwerk und Social Media weiter ausbauen.

Stadtrat Maihöfer/CDU bittet in Bezug auf den Hochwasserschutz darum, dass man eine Bestandsaufnahme der betroffenen Straßen veranlasse und daraus ableite, ob Maßnahmen unternommen werden müssten. Er bittet darum, dies im Ortschaftsrat vorzustellen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 18.3 **Bebauung Brücke-Areal**

Protokoll:

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich nach dem aktuellen Stand.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dort werde fleißig gebaut werde.

Herr Hackner bekräftigt dies.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 18.4 **Ökopunktekonto**

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, wann das Ökopunktekonto und die Ausgleichsflächen vorgelegt werden würden, da man bereits seit zwei Jahren danach frage.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies im Herbst eingebracht werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 18.5 Finanzprüfung**Protokoll:**

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, wann die Stadt den Gemeinderat über die allgemeine Finanzprüfung der Gemeindeprüfanstalt informiere, die bereits im November 2019 zugegangen sei.

Herr Bantel führt aus, dass der Abschlussbericht erst vor wenigen Tagen bei der Stadt eingegangen sei Corona habe auch bei der Gemeindeprüfanstalt zu Verzögerungen geführt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 18.6 Jahresrechnungen**Protokoll:**

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, wann die Jahresrechnungen 2018 und 2019 vorgelegt werde. Corona könne und dürfe hierfür keine Ausrede sein. Er möchte wissen, warum dies nicht entsprechend der rechtlichen Vorgaben geschehe.

Herr Bantel antwortet, dass man zunächst die Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes abwarte. Die Jahresrechnung 2018 werde dort derzeit geprüft, die Jahresrechnung 2019 werde dem Rechnungsprüfungsamt voraussichtlich im Laufe des August zugehen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 18.7 Remsstrand**Protokoll:**

Stadträtin Dr. Stahl/CDU erkundigt sich, ob man beim Remsstrand keine eigenen Getränke mitbringen dürfe. Der Strand sei aus ihrer Sicht in einen öffentlichen und einen gastronomischen Bereich aufgeteilt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Stadtrat Schwab/SPD weist darauf hin, dass sich die Jusos dafür eingesetzt hätten, dass man private Getränke am Remsstrand konsumieren könne. Daher bittet er um eine ausführliche Prüfung und einen Bericht.

Oberbürgermeister Arnold sichert dies zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: